Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden Kaden & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen „Nach der Arbeit" und „Volk und Zeit" für einen halben Monat 1 M. Einzelnummer 10 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261 und 12707. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Nonpareillezeile 30 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 1,50 M., für auswärtige Anzeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 Pf.

Nr. 185 | Dresden, Mittwoch den 11. August 1926 | 37. Jahrg.

Die französische Nationalversammlung

Die Verfassungsänderung beschlossen

P. Paris, 11. August. (Eig. Funkspruch.)

Die Nationalversammlung in Versailles hat mit 671 gegen 141 Stimmen die Verfassungsergänzungsvorlage angenommen. Um 10 Uhr wurde die Nationalversammlung für geschlossen erklärt.

*

Sozialistische Protesterklärung

P. Paris, 10. August. (Eig. Drahtb.)

Die Beratungen der französischen Nationalversammlung boten nur geringes Interesse. Poincaré, der selbst mehr und mehr an dem Erfolg seiner Sanierungspolitik zu zweifeln scheint, will wenigstens die Genugtuung haben, das von ihm eingebrachte Gesetz über die Schaffung einer Amortisationskasse in die Verfassung aufgenommen zu sehen. Da ihm auch in Versailles eine mehr als ausreichende Mehrheit sicher ist, hat die Debatte mehr akademischen als praktischen Charakter.

Die Vormittagsitzung wurde um 9½ Uhr eröffnet. Es kam sofort zu heftigen Lärmszenen, als der Vorsitzende der Versammlung, der Präsident des Senats, de Selves, versuchte, die Minderheit zu knebeln. De Selves hatte beantragt, die aus dem Jahr 1871 datierende Geschäftsordnung en bloc zu übernehmen, und wollte, obwohl mehrere Redner der Linken sich zu Worte gemeldet hatten, darüber zur Abstimmung schreiten lassen. Erst der energischen Intervention von Sozialisten gelang es, den Vorsitzenden leicht zur Innehaltung des Reglements zu zwingen.

Abg. Renaudel (Soz.) gab in schärfster Weise dem Protest gegen diese Art Geschäftsgebarung Ausdruck und erklärte es für unerhört, daß der Präsident es wage, über die Wortmeldungen von Mitgliedern der Versammlung zur Tagesordnung überzugehen. Die sozialistische Fraktion, so erklärte er, habe nicht die Absicht, die Verhandlungen zu stören. Aber sie verlange, daß die Rechte auch der Minderheit in vollem Umfange gewahrt würden.

Verschiedene Anträge der Kommunisten führten dann zu einer uferlosen Geschäftsordnungsdebatte, die sich bis zu der Mittagspause hinzog.

Erst in der Nachmittagsitzung konnte die Versammlung in die eigentliche Tagesordnung eintreten und die Kommission, die nach dem Reglement den von der Regierung eingebrachten Gesetzentwurf beraten muß, einsetzen. Diese besteht aus 30 Mitgliedern, 10 Senatoren und 20 Abgeordneten. Die sozialistische Fraktion ist darin durch die Abgeordneten Blum, Renaudel, Compère-Morel und den Senator Doulier vertreten. Ihre Beratungen begannen um 3 Uhr.

Kommunistische Lärmszenen

„Deutschland ist schuld!"

P. Paris, 11. August. (Eig. Funkspruch.)

Der Schluß der Sitzung wurde von den Kommunisten mit wüstem Lärm gestört. Die Szene ging so weit, daß der Abgeordnete Doriot, der sich hartnäckig weigerte, die Rednertribüne zu verlassen, obwohl ihn der Präsident wiederholt dazu aufgefordert hatte, durch **Militär aus dem Saal entfernt werden mußte.** Der Präsident benutzte den kommunistischen Skandal, um innerhalb weniger Minuten sämtliche Artikel der Vorlage durch Handaufheben zu verabschieden. Damit wurden auch die verschiedentlich vorliegenden sozialistischen Abänderungsvorschläge einfach beiseite geschoben. Die Kommunisten haben also wieder einmal durch ihr Benehmen den Sieg der Reaktion in ungeheurem Maße beschleunigt.

Gegen 6 Uhr erhielt, sofort nach Eröffnung der Sitzung, als erster Diskussionsredner der Sozialist Blum zu einer groß angelegten Rede das Wort, die tiefen Eindruck machte. Er stellte zunächst fest, daß die Tagung der Nationalversammlung überflüssig sei. Die Tilgungskasse müsse sich, wenn sie wirksam sein solle, auf die gesamten öffentlichen Schulden erstrecken. Dazu sei eine Konsolidierung unentbehrlich. Die Jahreseinnahmen von drei Milliarden Frank genügen nicht zur Tilgung. Es sei die Macht der Verhältnisse, die Regierung und Land vor die dramatische Alternative Konsolidierung oder Inflation gestellt habe. Früher oder später werde die Regierung doch auf den Vorschlag der Sozialisten zurückgreifen müssen, der die Kapitalabgabe fordert.

Poincaré erwiderte in einigen Worten; er bestritt die Auffassung Blums, daß die Kapitalsabgabe unbedingt die Heilung der Finanzen bringen könne. In verschiedenen Ländern, behauptete er, habe man nicht eine, sondern mehrere Kapitalsabgaben vornehmen müssen und es sei zu keinem Resultat gekommen.

Poincaré bringt dann zu seiner Rede die kleine patriotische Note, daß an der Finanzlage Frankreichs nicht die Politik des Nationalen Blocks schuld sei, sondern

Deutschland, das seinen Verpflichtungen nicht nachgekommen sei.

Von der Rechten stürmisch begrüßt, verließ er die Tribüne, die dann der Kommunist Doriot betritt. Es bricht ein wüster Lärm los, der dazu führt, daß der Präsident die Alarmglocke in Bewegung setzt. Militär dringt in den Saal ein, ergreift den kommunistischen Redner und entfernt ihn. Das Ganze geht unter einem wüsten Tumult vor sich. In der Zwischenzeit werden die Artikel der Vorlage verlesen, die niemand in dem ungeheuren Lärm versteht. Der Präsident schreitet zur Abstimmung. **Nach einigen Minuten ist die Regierungsvorlage erledigt und angenommen.**

Vom Schuldnerstaat zum Gläubigerstaat

Interview mit dem Genossen J. Panken, Neuyork

Dieser Tage weilte Genosse Panken als Gast in Dresden und besuchte auch die Dresdner Volkszeitung. Genosse Panken ist Richter in Neuyork, kandidierte bei der letzten Wahl auch für den amerikanischen Kongreß, und die Delegierten internationaler Sozialistenkongresse kennen ihn als einen Führer des amerikanischen Sozialismus. Wir haben unsern amerikanischen Freund über die wirtschaftliche Entwicklung Amerikas, die Stellung der amerikanischen Sozialisten zu brennenden internationalen Fragen in der Gegenwart und die innere Lage der Vereinigten Staaten befragt. Wir geben hier die Antworten und Darlegungen des Genossen Panken in gedrängter Form wieder:

Die innerpolitische Einstellung der amerikanischen Sozialdemokratie ist die, daß ein blühendes, gedeihendes Amerika in einer verarmten Welt nicht möglich ist. Einzelne können wohl reicher werden, die Massen aber müssen verarmen. Amerika geht einer ernsten Situation entgegen. Es ist anzunehmen, daß in absehbarer Zeit dadurch, daß die Einwanderung nach Amerika unterbunden wird und die Bevölkerung nicht weiter zunimmt, eine weitere Ausdehnung des Produktionsapparates nicht notwendig ist, um die Bedürfnisse des eigenen Landes zu decken, so daß das überschüssige Kapital auswandern wird, auch nach überseeischen Staaten. Das amerikanische Kapital ist damit zufrieden und haben erkannt. Amerika hat bisher für den Export produziert, es konnte durch Anstellung der Methoden für den inneren Markt des eigenen Landes produzieren. Statt Einwanderung von Arbeitskräften ist eine Auswanderung des Kapitals zu verzeichnen. 1914 waren zwei Milliarden amerikanisches Geld im Ausland, sechs Milliarden ausländisches Geld in Amerika investiert. Ende 1925 war die Lage geändert, und zwar waren da elf Milliarden amerikanisches Kapital im Ausland investiert und zirka zwei Milliarden ausländisches in Amerika investiert. **Das ist der Weg vom Schuldnerstaat zum größten Gläubigerstaat der Welt. Seit 1914 ist das amerikanische Kapital im Ausland auf 13 Milliarden vergrößert worden.** Dabei sind die Summen nicht eingerechnet, die die verschiedenen Länder Amerika schulden.

Die Sozialistische Partei Amerikas verlangt, daß die **interalliierten Schulden gestrichen** werden, d. h. alle die Summen, die die ausländischen Regierungen Amerika schulden. Die amerikanischen Sozialisten haben schon 1919 offiziell die Haltung eingenommen, daß alle interalliierten Schulden an Amerika gestrichen und Deutschland die Kriegsentschädigungen erlassen werden sollen. Diese Forderung wurde von den Sozialisten direkt an die Regierung gerichtet. In den inzwischen verflossenen Jahren hat dieser Gedanke auch Eingang in weitere Bevölkerungsschichten gefunden.

Die **Reaktion in Amerika ist im Zurückweichen,** was bei verschiedenen Wahlen zum Senat zum Ausdruck kam, wo die radikale Richtung über die Reaktionäre gesiegt hat. Kukluxklan, (die faschistische Vereinigung in Amerika) macht nicht nur keine Fortschritte, sondern sie ist schwächer geworden. Die amerikanischen Sozialisten verlangen die Gleichberechtigung aller und fordern, daß kein Unterschied gemacht wird zwischen Rasse und Religion. Um das zu unterstreichen, stellt die Partei Schwarze in öffentliche Aemter ein, während Kukluxklan für die Ausschaltung aller Fremdrassigen aus dem öffentlichen Leben kämpft.

Die kommunistische Bewegung in Amerika ist nicht im Wachsen, sondern im Zerfallen. Ihren Höhepunkt erreichte sie 1921. Für den Posten des Maire (Bürgermeister) von Neuyork entfielen auf mich 100 000 Stimmen, auf den kommunistischen Kandidaten etwa 2800. Seit dieser Wahl ist es mit den Kommunisten unaufhaltsam bergab gegangen. Sie können ihre aktive Tätigkeit nicht fortsetzen, wenn sie nicht, wie in anderen Ländern, Geld aus Moskau bekommen.

Der amerikanische Sozialismus vertraut darauf, daß die Entwicklung die Weltwirtschaft die Massen der amerikanischen Arbeiter in steigendem Maße zu der Erkenntnis bringt, daß die sozialen und politischen Probleme der Welt nur von einer sozialistischen Zukunft gelöst werden können.

Rußlands Staatskrise

Das Präsidium des Zentral-Exekutivkomitees der Sowjetunion hat beschlossen, den nächsten ordentlichen Rätekongreß um über ein halbes Jahr auf das Frühjahr 1927 zu vertagen. Sowjetamtlich wird dieser Aufsehen erregende Beschluß damit begründet, daß in verschiedenen Staaten der Sowjetunion erst im Jahre 1925 Wahlen stattgefunden hätten und es infolgedessen unmöglich sei, jetzt wieder neue Wahlen auszuschreiben. Nach der geschriebenen Verfassung der Sowjetunion soll allerdings der Allrussische Rätekongreß jedes Jahr stattfinden, und die Räte selber sollen sich in dem Zustand einer gewissen permanenten Erneuerung befinden. Die Räteverfassung soll, nach der Theorie der Bolschewiki, die Idealform der unmittelbaren Beteiligung der proletarischen Bevölkerung an den Verwaltungsaufgaben sein. Die „letzte Waschfrau" soll regieren, das war ungefähr die Begründung, mit der den Räten, gegenüber den parlamentarischen Formen der demokratisch regierten Länder des faulen Westens, der Vorzug gegeben wurde. Jetzt geht Sowjetrußland selbst dazu über, Wahlen zu verschieben!

Der Grund dieser Verschiebung des Allrussischen Rätekongresses liegt tiefer. Er liegt in der alles aufwühlenden Partei- und Staatskrise, die mit dem Tode Lenins in Rußland begonnen hat, deren Ende noch niemand absehen kann, und von der wir augenblicklich eine der interessantesten Phasen beobachten können. In einem sehr offenherzigen Referat des Präsidenten der Zentralexekutive, Rykows, des formellen Präsidenten der russischen Republik, vor den Moskauer Parteifunktionären findet sich eine sehr instruktive Darstellung der parteimäßigen Schwierigkeiten, in die die Bolschewiki nach dem Tode Lenins geraten sind. Lenin hielt, mit der überragenden Kraft seiner Persönlichkeit, alles zusammen. Seine Diktatur wurde außerdem dadurch erleichtert, daß Sowjetrußland außenpolitisch von allen Seiten angegriffen war und in dem Kampf um die Selbständigkeit des Landes die Bolschewiki von der überwiegenden Mehrzahl der Bevölkerung unterstützt wurden. Nicht nur die Menschewisten kämpften aktiv in den Reihen der Roten Armee, auch weite Kreise des Bürgertums, und namentlich das Bauerntum, verteidigten die Sowjetrepublik gegen ausländische Interventionen. Seitdem haben sich alle objektiven Verhältnisse gewandelt. Rußland vollzog mit dem Uebergang zur Nep-Politik den Bruch mit der revolutionären Vergangenheit. Es wurde ein Land des kapitalistischen Neuaufbaues unter Führung der mit starken bürgerlichen Einflüssen durchsetzten Sowjetbureaukratie. Dadurch ändert sich die Funktion der bolschewistischen Partei vollständig. Rykow sagt mit Recht:

„Unsre Partei ist nicht nur die regierende Partei, sondern auch die einzig legale Partei in einem ungeheuren Lande. In den einzelnen Mitgliedern und in den einzelnen Schattierungen der politischen Meinungen, die innerhalb der Partei vertreten werden, muß sich der Kampf auswirken, der außerhalb der Partei geführt wird, müssen die Klasseninteressen der nichtproletarischen Bevölkerung zum Ausdruck kommen. Der freie Kampf der Fraktionen in unsrer Partei würde im Grunde genommen nichts andres sein als ein Ersatz für den Kampf der politischen Parteien im Lande. Ja, mehr noch! Der Kampf der Fraktionen innerhalb der Partei ist nur der erste Schritt zur Organisierung verschiedener Parteien im Lande und zum bürgerlichen Parlamentarismus. Die von der neuen Opposition verteidigte Losung „Freiheit der Fraktionen und Gruppen" ist der Köder, die Losung, um die sich alle oppositionellen Elemente zusammenschließen."

Rykow weist dann noch den Vorwurf zurück, der von den oppositionellen Strömungen gegen die Stalinsche Mehrheit erhoben wurde, daß auch die Mehrheit letzten Endes nur eine Fraktionsbildung innerhalb der Parteien sei. Die Mehrheit sei „die Mehrheit", in ihrem Willen komme der Wille der Partei, der Wille der proletarischen Diktatur zum Ausdruck. Schließlich, dazu führt die Rykowsche Theorie, bedeutet die Diktatur dieser Mehrheit, die eine Diktatur Stalins und des von ihm kommandierten Parteiapparats ist, die ideale Lösung aller Konflikte und Schwierigkeiten, die Ausgleichung aller Klassengegensätze, den Ersatz des Klassenkampfes, der sich im „faulen Westen" in bürgerlich-demokratischen Parlamenten vollzieht. In Stalins Hand liegt dann angeblich die Entscheidung über Gut und Böse, liegen angeblich die Gewalt und die Fähigkeit zur Gewaltausübung, um den geschichtlichen Gang der politischen und wirtschaftlichen Kämpfe im Sinne eines ideal konstruierten proletarischen Interesses zu entscheiden.

Diese Theorie ist natürlich nur eine Fiktion, eine Fiktion, an die auch in der Kommunistischen Partei Rußlands immer weniger geglaubt wird. Die bolschewistische Partei steht im Mittelpunkt der politischen und wirtschaftlichen Auseinandersetzungen, und je mehr die äußere Gefahr für das Bestehen Sowjetrußlands beseitigt ist, je mehr es im Innern des Landes feststeht, daß die revolutionäre Haupterrungenschaft, die Lösung der Agrarfrage im Sinne des Bauerntums, von keiner Macht der Erde mehr angetastet werden kann, um so mehr müssen die Hemmungen fallen, die in den Jahren kriegerischer Not als ein eisernes Band die widerstrebendsten Kräfte in einer Partei zusammenhielten.

Die erste politische Krise erlebte Sowjetrußland bei der Auseinandersetzung mit Trotzki. Trotzki unterlag und hat seitdem geschwiegen. Er schweigt auch heute noch, weil er glaubt, daß seine Stunde noch nicht gekommen ist. Aber alle

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19260811/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG